Deutscher Bundestag **Drucksache 18/8655**

18. Wahlperiode 02.06.2016

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Agnieszka Brugger, Katja Keul, Katharina Dröge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/6647 –

Panzerlieferung nach Katar sofort stoppen

A. Problem

Unverzüglicher Stopp der Rüstungslieferungen, Rücknahme der bereits erteilten Genehmigung an die Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenenthaltung aus der Fraktion der SPD

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/6647 abzulehnen.

Berlin, den 2. Dezember 2015

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer Vorsitzender	**Klaus-Peter Willsch** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Klaus-Peter Willsch

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/6647** wurde in der 136. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. November 2015 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stützt sich in ihrem Antrag auf eine Äußerung von Bundesminister Gabriel zu den Grundsätzen deutscher Rüstungsexportpolitik, in der er Folgendes ausführt: „Die vielfach nachgefragte Lieferung von Kampfpanzern Leopard in den arabischen Raum oder auch in andere Regionen der Welt darf deshalb eben gerade nicht unter wirtschaftspolitischen Interessen entschieden werden, sondern auf der Grundlage einer solch differenzierten außen- und sicherheitspolitischen Analyse. Ich komme bei dieser Analyse zu dem Ergebnis, dass sich die Lieferung dieses Waffensystems wie auch in den vergangenen Jahrzehnten nicht rechtfertigen ließe“.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/6647 in seiner 55. Sitzung am 2. Dezember 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 18/6647 in seiner 76. Sitzung am 2. Dezember 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/6647 in seiner 53. Sitzung am 2. Dezember 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrecht und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/6647 in seiner 47. Sitzung am 2. Dezember 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/6647 in seiner 46. Sitzung am 2. Dezember 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/6647 in seiner 59. Sitzung am 2. Dezember 2015 abschließend beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU verwies darauf, dass nach der Entscheidung der Bundesregierung aus dem Jahr 2012 nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz am 26. März 2015 eine Genehmigung für die Ausfuhr von 62 Kampfpanzern Leopard 2, einem Fahrschulpanzer „Leopard 2“ und vier Türmen für den Panzer „Leopard 2“, 24 Panzerhaubitzen, einem Fahrschulpanzer für die Panzerhaubitze, sechs Bergepanzern „Wisent“ sowie entsprechende Munition, Bewaffnung und Ausstattung im Umfang von zwei Milliarden Euro erteilt worden sei. Erste Lieferungen seien erfolgt. Die Ausfuhr erfordere neben der Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaff-KontrG) eine Genehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG). Das zuständige Bundesministerium für

Wirtschaft und Energie habe eine Überprüfung der Entscheidung aus der vergangenen Legislaturperiode angestoßen. Ergebnis der Prüfung sei gewesen, dass die Genehmigung nach AWG zu erteilen gewesen sei. Seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sei gegenüber dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Auswärtigen Amt darauf gedrängt worden, von Katar eine Zusicherung zu bekommen, dass die zu liefernden Rüstungsgüter nicht im Jemen eingesetzt werden würden. Diese Zusicherung sei gegeben worden.

Die Fraktion der SPD erinnerte daran, dass die Rüstungsexportgenehmigung für die Ausfuhr von Panzern nach Katar bereits 2012 von der Vorgängerregierung erteilt worden sei. Der Bundeswirtschaftsminister habe durch erneute Prüfung der Genehmigung versucht, diese Lieferung zu stoppen. Er habe gegenüber dem Bundessicherheitsrat formuliert, dass die Lieferung aus heutiger Sicht nicht mehr angemessen sei. Die rechtliche Prüfung habe allerdings ergeben, dass die gesetzliche Grundlage weiterhin gelte. Auch die Prüfung der Situation in Katar mit Hinblick auf den Jemen habe keinen Anlass geboten, die Genehmigung rückgängig machen zu können. Ein Stopp der Lieferungen sei rechtlich ohne die Konsequenz großer Schadensersatzforderungen nicht möglich gewesen. Seine Fraktion zeige allerdings keine großen Sympathien für die Lieferungen. Zu heutiger Zeit wäre eine Prüfung und Bewertung eventuell anders ausgefallen.

Die Fraktion DIE LINKE. führte aus, sie erkenne das Bemühen des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, die Lieferung zu verhindern, an. Wenn man sich nicht juristisch mit der erteilten Genehmigung auseinandersetze, sondern politisch darin einig sei, dass die Fluchtursachen bekämpft werden müssten, dann sei es ein eklatanter Widerspruch, Waffen in eine Krisenregion zu exportieren. Es sei zu vermuten, dass Katar die neuen Panzer anschaffe um diese und die bereits existierenden Panzer im Jemen einzusetzen. Das Parlament sei als Ganzes aufgefordert, die Genehmigung zurückzuziehen. Der Leopard-Panzer sei eine Angriffswaffe. Die Lieferung stelle eine Verletzung des Prinzips der Bundesrepublik Deutschland dar, Waffen nicht in Krisenregionen zu exportieren. Generell sollten in Deutschland keine Waffen mehr hergestellt werden. Dies wäre ein wirklicher Beitrag zu mehr Frieden und weniger Flüchtlingen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, dass Bundesminister Gabriel im Plenum den Eindruck vermittelt habe, als teile er die Einschätzung ihrer Fraktion, dass es aus außen- und sicherheitspolitischen Gründen unverantwortbar sei, Panzer nach Katar zu liefern. Es stehe eine Genehmigung nach AWG an. Selbst wenn eine Genehmigung nach KrWaffKontrG vorliege, müsse die Möglichkeit bestehen, eine solche nach AWG zu versagen. Eine Versagung nach AWG sei möglich, auch wenn dies Schadensersatzforderungen nach sich ziehe. Angesichts der außen- und sicherheitspolitischen Lage dürften ausschließlich Schadensersatzgründe nicht maßgeblich dafür sein, Panzer nach Katar zu liefern.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der SPD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/6647 zu empfehlen.

Berlin, den 2. Dezember 2015

Klaus-Peter Willsch
Berichterstatter

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333